Halbmonatsschrift für aktuelle Fragen der Arbeiterbewegung

Herausgegeben vom

Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands Redaktion: Ber 11 n N 54 • Kleine Alexanderstr. 28 • Karl-Liebknecht-Haus"

Heft 18 / September 1950

kirn jade Stimme ringen!

Aus dem Referat des Genossen Anton Ackermann auf der Sitzung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 24. August 1950

Durch die Tatsache, daß das Programm für die Wahl am 15. Oktober in der Deutschen Demokratischen Republik vom gesamtdeutschen Nationalkongreß der Nationalen Front beschlossen wurde, wird unterstrichen, welch große, gesamtdeutsche Bedeutung diese Wahl hat.

Ein Teil Deutschlands ist frei von der imperialistischen, halbkolonialen Bedrückung, wie sie auf der Bevölkerung in Westdeutschland lastet. In der Deutschen Demokratischen Republik ist
die freie Entscheidung des Volkes für den Frieden, für die Einheit
Deutschlands, für den Abschluß eines demokratischen Friedensvertrages möglich. Jede Stimme, die für den einheitlichen Wahlvorschlag der Nationalen Front des demokratischen Deutschland
abgegeben werden wird, ist eine Stimme gegen die amerikanischen
und englischen Kriegsbrandstifter, für das weltumspannende
Lager des Friedens und der Demokratie.

Im Aufruf der Partei vom 1. Januar 1950 ist die Aufgabe gestellt worden, einen Umschwung in der Massenstimmung herbeizuführen und nicht nur eine starke Mehrheit, sondern die breitesten Massen der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik von der Richtigkeit unseres W'eges zu überzeugen und sie zu aktiver Unterstützung unserer Politik des Friedens, der Einheit und des friedlichen Aufbaus zu gewinnen. Wir können und werden diese Aufgabe lösen, wenn wir es verstehen, so zu den Massen zu sprechen, daß uns auch der "unpolitische" Mensch versteht, und wenn wir unsere Argumente an jeden einzelnen Wähler herantragen.

Wir haben bessere Voraussetzungen als bisher für die Gewinnung der gesamten Massen der Bevölkerung in der Deutschen Demokratischen Republik. Unsere Losungen des Friedens, der Einheit Deutschlands und des Abschlusses eines demokratischen Friedensvertrages haben einen breiten Widerhall gefunden. Das Ansehen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist gewachsen. Die materielle Lage der Bevölkerung hat eine wesentliche und für alle spürbare Verbesserung erfahren.

Aber die Erfahrung lehrt uns, daß sich die Hebung des Bewußtseins der Massen nicht allein auf Grund der Verbesserung der materiellen Lage und nicht automatisch vollzieht. Die Hebung des politischen Bewußtseins der Millionenmassen der Bevölkerung ist nur möglich durch eine intensive Erziehungsarbeit, durch die Entlarvung der verlogenen Hetze des Gegners, also durch hartnäckige und systematische politische Arbeit.

Das Ergebnis der Wahl vom 15. Oktober wird die Prüfung für die Arbeit jeder Parteileitung und jeder Grundeinheit unserer Partei sein, eine Prüfung darüber, inwieweit es die demokratischen Kräfte in der Deutschen Demokratischen Republik verstanden haben, die Sympathie und Unterstützung der breiten Massen zu gewinnen. Deshalb müssen für diesen Kampf alle Kräfte mobilisiert und planmäßig eingesetzt werden. Die auch in unseren Reihen weitverbreitete Stimmung, daß uns der Erfolg in diesem Kampf von selbst in den Schoß fällt, ist schädlich und gefährlich.

Der demokratische Charakter dieser Wahl

Es ist notwendig, den demokratischen Charakter unserer neuen staatlichen Ordnung und der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik den Massen überzeugend darzustellen.

Am 15. Oktober wird über die Kandidaten abgestimmt, die im wahrsten Sinne des Wortes Kandidaten des Volkes sind. Sie sind

von den Betrieben, von den demokratischen Parteien und Organisationen auf demokratische Weise aufgestellt worden. An der Spitze der Deutschen Demokratischen Republik steht ein Präsident, der der treueste Sohn des Volkes ist. Unser Staat hat eine wirkliche Volksregierung, Die höchsten Interessen unseres Volkes — das sind die Festigung des Friedens, die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, der Abschluß eines demokratischen Friedensvertrages und die Freundschaft mit der Sowjetunion und allen anderen friedliebenden Völkern. Unsere Regierung kennt keine anderen Aufgaben als die Sicherung dieser Volksinteressen, die Entwicklung des Wohlstandes und der Kultur der ehrlich arbeitenden Menschen.

In unserer neuen demokratischen Ordnung ist der Bevölkerung die Möglichkeit gegeben, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Dieses demokratischste aller demokratischen Rechte muß darin zum Ausdruck kommen, daß die Bevölkerung mit der Arbeit, den Erfolgen, aber auch den Schwierigkeiten der Verwaltungsorgane bekanntgemacht wird und die Möglichkeit erhält, an vorhandenen Mängeln und Schwächen Kritik zu üben. Unbedingt müssen dann aus der berechtigten Kritik der Bevölkerung die notwendigen Schlußfolgerungen gezogen werden.

Die Bevölkerung muß aus dem Verhalten und dem Auftreten jedes Genossen, jedes Vertreters der Verwaltung und der Regierung spüren, daß wir tatsächlich nach dem Stalinschen Leitmotiv handeln, die Massen nicht nur zu lehren, sondern auch bei ihnen zu lernen.

Blockpolitik und Demokratie

Genosse Ackermann wies in seinen weiteren Ausführungen darauf hin, daß die Politik der Einheit der antifaschistisch-demokratischen Parteien und Organisationen, der Zusammenarbeit aller patriotischen Kräfte in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland eine weitere wesentliche Form unserer neuen, wahren und realen Demokratie ist.

Was bedeutet diese Einheit? Sie bedeutet, daß die Volkskräfte stark genug sind, den Staat zu lenken und über die Wirtschaft zu bestimmen. Diese Einheit und Zusammenarbeit bedeutet, daß unabhängig von der Parteizugehörigkeit und der Weltanschauung alle demokratischen Kräfte des Volkes in der Politik, in der Wirtschaft, in der Gestaltung des nationalen Schicksals mitwirken und mitbestimmen. So ist auch der einheitliche Wahlvorschlag der Nationalen Front des demokratischen Deutschland Ausdruck wahrhafter Demokratie für die breitesten Volksschichten.

Wir legten bisher zu wenig Wert darauf, die sozialistische Demokratie in der UdSSR und auch unsere neue, zutiefst demokratische Ordnung dem betrügerischen parlamentarisch-demokratischen System in den imperialistischen Ländern gegenüberzustellen und der Bevölkerung den wesentlichen Unterschied zwischen diesen beiden grundverschiedenen politischen Systemen zu zeigen.

Genosse Stalin sagt in seiner historischen Rede zur Begründung der Verfassung der UdSSR:

"Man spricht von Demokratie. Was aber ist Demokratie? Die Demokratie in den kapitalistischen Ländern, wo es antagonistische Klassen gibt, ist in letzter Instanz eine Demokratie für die besitzende Minderheit!"